

4028 A

Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen

HESSEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

75. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. September 2023

Nr. 9

Inhalt:

Runderlasse	
Nr. 37 Siebter Erlass zur Änderung des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. RdErl. d. HMdJ v. 17.08.2023 (1510 - I/A4 - 2017/17448-I/A)	574
Veröffentlichung des Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Lande Hessen	575
Veröffentlichung der Rechtsanwaltskammer Kassel	576
Personalnachrichten	577
Stellenausschreibungen	585

RUNDERLASSE

Nr. 37 Siebter Erlass zur Änderung des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. RdErl. d. HMdJ v. 17.08.2023 (1510 - I/A4 - 2017/17448-I/A) - JMBl. S. 574 -

- Gült.-Verz. Nr. 2103 -

I.

Die Anlage des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 13. Januar 2023 (JMBl. S. 382), zuletzt geändert durch Erlass vom 18. Juli 2023 (JMBl. S. 536), wird wie folgt geändert:

1. Nach Nr. 1.5.3 werden als Nr. 1.5.4 bis 1.5.9 eingefügt:

1	2	3	4
Nr.	Gericht, Staatsanwaltschaft	Verfahrensart	Datum des Beginns der elektronischen Aktenführung
„1.5.4	Amtsgericht Michelstadt	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
1.5.5	Amtsgericht Langen	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
1.5.6	Amtsgericht Rüsselsheim	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
1.5.7	Amtsgericht Fürth	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
1.5.8	Amtsgericht Groß-Gerau	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023

1.5.9	Amtsgericht Lampertheim	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023“
-------	-------------------------	--	--------------------

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. September 2023 in Kraft.

Wiesbaden, den 17. August 2023

Der Hessische Minister der Justiz

Prof. Dr. Poseck

VERÖFFENTLICHUNG DES VERSORGUNGSWERKS DER RECHTSANWÄLTE IM LANDE HESSEN

Beschluss der Vertreterversammlung des
Versorgungswerks der Rechtsanwälte im Lande Hessen vom 19. Juli 2023:

Der Rentensteigerungsbetrag für Beiträge geleistet bis zum 31.12.2017 wird mit Wirkung ab dem 01.01.2024 von € 48,39 auf € 48,63 erhöht.

Der Rentensteigerungsbetrag für Beiträge geleistet ab dem 01.01.2018 wird mit Wirkung ab dem 01.01.2024 um 1,75% von € 36,51 auf € 37,15 erhöht.

Die laufenden Renten aus Beiträgen geleistet bis zum 31.12.2017 werden mit Wirkung ab dem 01.01.2024 um 0,50% erhöht.

Die laufenden Renten aus Beiträgen geleistet ab dem 01.01.2018 werden mit Wirkung ab dem 01.01.2024 um 1,75% erhöht.

Der vorstehende Beschluss wird hiermit ausgefertigt.

Frankfurt, den 20.07.2023

Frankfurt, den 20.07.2023

Stefan Siegner

Dr. Till Pense

Vorsitzender der Vertreterversammlung
des Versorgungswerks der Rechtsanwälte
im Lande Hessen

Vorsitzender des Vorstandes
des Versorgungswerks der Rechtsanwälte
im Lande Hessen

VERÖFFENTLICHUNG DER RECHTSANWALTSKAMMER KASSEL

Die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Kassel hat am 21.06.2023 folgende

Beitragsregelung für das Jahr 2024

beschlossen:

Beitragsordnung der Rechtsanwaltskammer Kassel

§ 1

- (1) Jedes Mitglied der Rechtsanwaltskammer Kassel zahlt einen Jahresbeitrag, den die Kammerversammlung alljährlich festsetzt.
- (2) Im Jahr 2024 beläuft sich dieser Beitrag auf insgesamt

435,00 €.

Der Jahresbeitrag in Höhe von **435,00 €** ist am 01.02.2024 fällig.

- (3) Geht der Beitrag nicht pünktlich ein, so wird ein Betrag von 10,00 € je Mahnung erhoben. Bleiben Mahnungen erfolglos, so wird der geschuldete Betrag nach § 84 BRAO beigetrieben.

§ 2

Ein Kammermitglied, das keine Rechtsanwaltspraxis ausübt oder von der Kanzlei-pflicht gemäß § 29 a BRAO befreit ist, zahlt denselben Beitrag gemäß § 1 Abs. 2.

§ 3

Ein Kammermitglied, das erstmals zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wird, zahlt im Zulassungsjahr keinen Kammerbeitrag.

§ 4

- (1) Bei neu aufgenommenen Kammermitgliedern beginnt die Beitragspflicht mit dem Monat, der auf die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer folgt. Der anteilige Beitrag wird einen Monat nach Beginn der Beitragspflicht fällig.
- (2) Bei Rechtsbeiständen beginnt die Beitragspflicht mit dem Monat, der auf die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer folgt. Der anteilige Beitrag wird einen Monat nach Beginn der Beitragspflicht fällig.
- (3) Geht der Gesamtbeitrag nicht pünktlich ein, so findet in den Fällen des § 4 Abs. 1 - 2 der § 1 Abs. 3 Anwendung.

- (4) Die Beitragspflicht endet mit dem Monat, in dem die Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer Kassel endet. Zu viel gezahlte Beiträge zur Rechtsanwaltskammer werden zurückerstattet.
- (5) Jede Stundung endet mit der Beendigung der Mitgliedschaft.

Rechtsanwaltskammer Kassel

(Baum)
Präsident

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Justizministerium

Berufen wurde

in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit:

Ministerialdirigentin Christina Kreis

Oberlandesgericht

Ernannt wurde

zur Richterin
am Oberlandesgericht:

Richterin am Amtsgericht
als weitere aufsichtführende Richterin
Marité Dilling-Friedel

Landgerichte

Ernannt wurde

zur Richterin am Landgericht:

Richterin auf Probe Sonja Caroline Kolisch
in Wiesbaden
im Richterverhältnis auf Lebenszeit

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Landgericht
Reinhard Prietz in Kassel

Staatsanwaltschaften

Ernannt wurde

zur Staatsanwältin:

Richterin auf Probe Flavia Cornelia Schardt
in Limburg a. d. Lahn
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit

zum Staatsanwalt:

Richter am Amtsgericht Dr. Nils Lund
in Frankfurt am Main
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit und gleichzeitiger Entlassung aus
dem Richterverhältnis auf Lebenszeit

Berufen wurde

in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit:

Regierungsrat Lukas Kruzolek in Kassel

Verwaltungsgerichte

Ernannt wurde

zur Vizepräsidentin
des Verwaltungsgerichts:

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht
Patricia Evers in Wiesbaden

zur Vorsitzenden Richterin am
Verwaltungsgericht:

Richterin am Verwaltungsgericht
Judith Fuhrmann in Frankfurt am Main

Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
Dr. Hans-Günther Wartusch
in Wiesbaden

Hessisches Landessozialgericht

Ernannt wurde

zum Vorsitzenden Richter am
Hessischen Landessozialge-
richt:

Richter am Hessischen Landessozialgericht
Dr. Frank Schreiber

zum Richter am Hessischen
Landessozialgericht:

Richter am Sozialgericht
Dr. Alexander Diehm

Sozialgerichte

Ernannt wurde

zur Richterin am Sozialgericht: Richterin auf Probe Nadja Vogel
in Darmstadt
im Richterverhältnis auf Lebenszeit

Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel

Ernannt wurde

zur Inspektoranwärterin: Romina Filomena Falcone
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Widerruf

Justizvollzugsbehörden

Ernannt wurde

zum Regierungsrat: Rechtsassessor Kevin Klingelhöfer,
Butzbach
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zum Psychologierat: Beschäftigter Tobias Kammann,
Frankfurt am Main I
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zum Betriebsinspektor mit
Amtszulage: Betriebsinspektor Wolfgang Otterbein,
Butzbach

zur Inspektorin: Sozialarbeiterin Verena Burkard,
Weiterstadt
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zum Inspektor: Sozialarbeiter Mahmoud Ibrahim,
Frankfurt am Main III
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe

zur Inspektoranwärterin:

- Celine König,
H.B. Wagnitz-Seminar - Dienstleistungs-
zentrum für den hessischen Justizvollzug -
- Verwaltungsangestellte Laureen Lange,
H.B. Wagnitz-Seminar - Dienstleistungs-
zentrum für den hessischen Justizvollzug -
beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Widerruf

zum Amtsinspektor im JVD:

- Hauptsekretär im JVD Maik Kramber, Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Hauptsekretär im JVD Paul Kranz, Kassel II - Sozialtherapeutische Anstalt -

zur Obersekretärin im JVD:

- Obersekretäranwärterin im JVD Johanna Schader, Frankfurt am Main I
 - Obersekretäranwärterin im JVD Ana-Maria Dumitru, Frankfurt am Main III
 - Obersekretäranwärterin im JVD Michelle Zajons, Frankfurt am Main III
 - Obersekretäranwärterin im JVD Alexandra Möller, Hünfeld
- alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

zum Obersekretär im JVD:

- Obersekretäranwärter im JVD Lennert Holes, Butzbach
- Obersekretäranwärter im JVD Hassen Ayari, Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
- Obersekretäranwärter im JVD Daniel Hoffmann, Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
- Obersekretäranwärter im JVD Tolga Düzgöl, Dieburg
- Obersekretäranwärter im JVD Sascha Kühlthau, Frankfurt am Main I
- Obersekretäranwärter im JVD Sascha Scholz, Frankfurt am Main I
- Obersekretäranwärter im JVD Sebastian Winter, Frankfurt am Main I
- Obersekretäranwärter im JVD Felix Heimsch, Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Obersekretäranwärter im JVD Tim Hohn, Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Obersekretäranwärter im JVD Ümit Taşci, Gießen
- Obersekretäranwärter im JVD Marian Knörr, Rockenberg
- Obersekretäranwärter im JVD Johannes Bruch, Schwalmstadt
- Obersekretäranwärter im JVD Jakob Link, Schwalmstadt
- Obersekretäranwärter im JVD Manuel Schwalm, Schwalmstadt
- Obersekretäranwärter im JVD Denis Ahlheim, Weiterstadt

- Obersekretäranwärter im JVD
Marc Blake, Weiterstadt
 - Obersekretäranwärter im JVD
Justin Deisinger, Wiesbaden
- alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

zur Krankenschwester:

- Pflegerin Zorica Kovačević,
Frankfurt am Main I
 - Gesundheits- und Krankenpflegerin
Lara-Sophie Brandt, Kassel I
- beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

zur Obersekretäranwärterin im JVD:

Beschäftigte im JVD Annalena Bergen,
Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Widerruf

zum Obersekretäranwärter im JVD:

- Beschäftigter im JVD Adam Budak,
Butzbach
- Beschäftigter im JVD Yannic Herbel,
Butzbach
- Beschäftigter im JVD Alexander Lechner,
Butzbach
- Beschäftigter im JVD David Preis,
Dieburg
- Beschäftigter im JVD Andre Bui,
Frankfurt am Main I
- Beschäftigter im JVD Daniel Fieger,
Frankfurt am Main I
- Beschäftigter im JVD Felix Zierke,
Frankfurt am Main I
- Beschäftigter im JVD Jens Sturm,
Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Beschäftigter im JVD Stefan Korinth,
Gelnhausen
- Beschäftigter im JVD Wladislaw Gelmel,
Gießen
- Beschäftigter im JVD Christoph Schmitt,
Kassel I
- Beschäftigter im JVD Peter Flink,
Rockenberg
- Beschäftigter im JVD Marvin Halbich,
Rockenberg

- Beschäftigter im JVD Björn Melcher,
Schwalmstadt
- Beschäftigter im JVD Jürgen Spanknebel,
Schwalmstadt
- Beschäftigter im JVD Kevin Winkler,
Weiterstadt

alle unter Berufung in das Beamtenverhältnis
auf Widerruf

Berufen wurde

in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit:

- Regierungsrätin Madeleine Reeder,
Butzbach
- Regierungsrätin Christine Schmidt-Tulatz,
Frankfurt am Main I
- Regierungsrätin Yvonne Hermes,
Weiterstadt
- Oberlehrerin im JVD Nadja Clotz,
Rockenberg
- Obersekretärin im JVD
Lisa-Marie Rohmann,
Frankfurt am Main III
- Obersekretärin im JVD Ewa Kempka,
Kassel I
- Obersekretär im JVD Dominik Eiselt,
Butzbach
- Obersekretär im JVD Thomas Millen,
Butzbach
- Obersekretär im JVD Philipp Seidel,
Butzbach
- Obersekretär im JVD Marc Triebert,
Butzbach
- Obersekretär im JVD Benjamin Petry,
Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -
- Obersekretär im JVD Egzon Morina,
Dieburg
- Obersekretär im JVD Karsten Zsalek,
Frankfurt am Main I
- Obersekretär im JVD Joshua Lorse,
Frankfurt am Main IV
- Gustav-Radbruch-Haus -
- Obersekretär im JVD Marcel Kramm,
Fulda
- Obersekretär im JVD Dennis Koterba,
Gießen
- Obersekretär im JVD Max Kohlstädt,
Kassel I
- Obersekretär im JVD Eduard Schmukel,
Kassel I
- Obersekretär im JVD Peter Weber,
Rockenberg

- Obersekretär im JVD Daniel Albracht, Schwalmstadt
- Obersekretär im JVD Joseph Byrd, Weiterstadt
- Obersekretär im JVD Norman Heist, Weiterstadt
- Obersekretär im JVD Dennis Kohlschreiber, Weiterstadt
- Obersekretär im JVD Nazmi Sanori, Weiterstadt
- Oberwerkmeister Maximilian Habel, Frankfurt am Main I
- Sekretärin Jennifer Klostermann, Weiterstadt
- Sekretärin Jamie Brahm, Wiesbaden

Versetzt wurde

von der JVA Frankfurt am Main I
an das Hessische Ministerium
der Justiz:

Regierungsdirektorin Sandra Cremerius

von der JVA Kassel I
an die JVA Butzbach:

Regierungsrätin Madeleine Reeder

von dem H.B. Wagnitz-Seminar
- Dienstleistungszentrum für den
hessischen Justizvollzug -
an die JVA Butzbach:

Rechtsassessor Kevin Klingelhöfer

von der JVA Wiesbaden
an das Hessische Ministerium
des Innern und für Sport:

Oberamtsrätin Sabine Weber

von dem H.B. Wagnitz-Seminar
- Dienstleistungszentrum für den
hessischen Justizvollzug –
an das Hessische Ministerium
der Justiz:

Amtsrat Daniel Ackermann

von der JVA Frankfurt am Main III
an die Bewährungshilfe bei dem
Landgericht Darmstadt:

Inspektorin Charlotte Koebe

von der JVA Rockenberg
an die JVA Gießen:

Inspektorin Lisa-Marie Dörr

von der JVA Rockenberg
an die Hessische Lehrkräfte-
akademie Frankfurt am Main:

Verwaltungsangestellte Nicole Fey

von der JVA Kassel II - SothA -
an die JVA Schwalmstadt:

Obersekretär im JVD Daniel Lange

von der JVA Hünfeld
an die JVA Schwalmstadt:

Beschäftigter im JVD Andreas Kohrell

Ausgeschieden ist
wegen Ruhestand:

- Amtsrat Hans-Peter Gebhard, Gießen
- Oberinspektor Gerold Sack, Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Michael Huch,
Frankfurt am Main III
- Amtsinspektor im JVD
Ralf-Konrad Colista, Gelnhausen
- Amtsinspektor im JVD Joachim Block,
Gießen
- Amtsinspektor im JVD Thomas Wille,
H.B. Wagnitz-Seminar - Dienstleistungs-
zentrum für den hessischen Justizvollzug -
- Amtsinspektor im JVD Heinz Jagdmann,
Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Erwin Wagner,
Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Armin Weigel,
Schwalmstadt
- Amtsinspektor im JVD Mathias Kössler,
Weiterstadt
- Amtsinspektor im JVD Ralf Tzschirch,
Weiterstadt

aus sonstigen Gründen:

Sekretärin Ana Dudu, Frankfurt am Main III

Notarinnen und Notare

Bestellt wurde

zur Notarin:

- Rechtsanwältin Marion Pötter
mit dem Amtssitz in Korbach,
- Rechtsanwältin Dr. Stephanie Rebell
mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main

zum Notar:

- Rechtsanwalt Jonathan Gerhard Schlitt
mit dem Amtssitz in Petersberg,
- Rechtsanwalt Sebastian Schwan
mit dem Amtssitz in Fulda

Ausgeschieden ist
aufgrund des Erreichens der
Altersgrenze:

- Notarin Ingeborg Schweda-Spreitzer,
Michelstadt,
mit Ablauf des 31.07.2023
- Notar Jürgen Helmke,
Herborn,
mit Ablauf des 31.08.2023

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

eine Richterin am Amtsgericht als weitere aufsichtführende Richterin oder
einen Richter am Amtsgericht als weiterer aufsichtführender Richter (R 2)
bei dem Amtsgericht Marburg

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom
1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1, Nr.
2.1) auszurichten.

Ausgeschriebene Stellen können auch in Teilzeit besetzt werden.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschriebene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Staatsanwaltschaften

Bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt ist demnächst das Arbeitsgebiet einer Geschäftsleiterin oder eines Geschäftsleiters (§ 4 GO) neu zu besetzen.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Stark ausgeprägte Auffassungsgabe
- Stark ausgeprägtes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein
- Interkulturelle Kompetenz

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fach- und Sozialkompetenz
 - Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
 - Mindestens stark ausgeprägtes fachliches Können
 - Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
 - Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
 - Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit
2. Führungskompetenz
 - Fähigkeit zum Vorbild
 - Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
 - Befähigung zur Personalführung und Motivation
3. Organisatorische Kompetenz
 - Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
 - Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
 - Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz

Bewerbungen sind binnen eines Monats auf dem Dienstweg an die Frau Leitende Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt zu richten.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Auf Grund des Frauenförderplans besteht die Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschriebene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Die Funktion der besonderen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten für den richterlichen Dienst in der hessischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ist in Kürze neu zu besetzen (§15 Abs. 1 S. 4, Abs. 6 HGIG).

Nach § 15 Absatz 2 HGIG kann zur Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten nur eine Frau bestellt werden. Die Bestellung erfolgt für die Dauer von sechs Jahren.

Die Funktion der Frauenbeauftragten ist grundsätzlich teilbar. Eine Interessenkollision mit sonstigen dienstlichen Aufgaben ist auszuschließen. Sie darf keiner Personalvertretung angehören.

Nach den Mindestanforderungen an die Qualifikation der Frauenbeauftragten muss die Bewerberin die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderliche Sachkenntnis und Zuverlässigkeit besitzen und in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis stehen (§ 15 Abs. 2 S. 5 HGIG).

Für die Entlastung der Frauenbeauftragten von den übrigen dienstlichen Aufgaben gelten § 21 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 3 HGIG.

Bewerbungen sind binnen zwei Wochen auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten.

Staatsgerichtshof

Bei dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen sind demnächst im Rahmen einer Abordnung von bis zu zwei Jahren zwei Stellen als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter zu besetzen. Es handelt sich um Stellen der Besoldungsgruppe A 15 HBesG (Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor), die auch mit Richterinnen oder Richtern sowie Staatsanwältinnen oder Staatsanwälten der Besoldungsgruppe R 1 oder R 2 HBesG besetzt werden können.

Bewerbungen sind auf dem Dienstweg binnen zwei Wochen an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten.

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils:
Ministerialdirigentin Zubrod, Hessisches Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden
Die Buchbesprechungen stehen unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

ISSN 0022-7064

Kontakt/Abonnement:

Frau Kaufmann Tel. (0611) 32 14 26 01, Fax (0611) 32 14 27 63, jmb1@hmdj.hessen.de

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. **Abonnementkündigungen** können nur **zum 31. Dezember eines Kalenderjahres** vorgenommen werden. **Einzelstücke** sind bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder, für Abonnenten, bei dem Hessischen Ministerium der Justiz erhältlich. Preis dieser Nummer: 1,07 €. **Einbanddecken** können kostenpflichtig bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder der Justizvollzugsanstalt Kassel I - Buchbinderei -, Theodor-Fliedner-Straße 12, 34121 Kassel, bestellt werden.

Datenschutzhinweise:

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Bestellung von Abonnements und Einzelstücken ist das Hessische Ministerium der Justiz. Die mitgeteilten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der postalischen Zusendung der bestellten JMBl.-Ausgaben und der entsprechenden Rechnungen gespeichert und verarbeitet. Zugriff zu den Daten ist nur den dafür zuständigen Beschäftigten eingeräumt. Bei Abonnements erfolgt eine Weitergabe der Daten zum Zweck des Versands an den Verlag Chmielorz GmbH, Wiesbaden, der als Dienstleister im Auftrag und nach den Vorgaben des Hessischen Ministeriums der Justiz tätig wird.

Bei Kündigung eines Abonnements werden die dazu gespeicherten Daten drei Jahre nach Zahlung der letzten Jahresbezugsgebühr, bei Einzelbestellungen drei Jahre nach Zahlung des Bezugspreises gelöscht.

Betroffene können vom Hessischen Ministerium der Justiz Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sie können sich an den Datenschutzbeauftragten wenden (Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de). Weitere Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz unter www.justizministerium.hessen.de.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus - Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.